

Länderbericht Südafrika 2023

Staatsoberhaupt: Matamela Cyril Ramaphosa

Vorfälle von geschlechtsspezifischer Gewalt und Frühschwangerschaften nahmen weiter zu. Der Klimawandel und staatliches Missmanagement der Infrastruktur verschärften die Auswirkungen von zwei Überschwemmungen in der Provinz KwaZulu-Natal. Die Menschen, die durch die Überschwemmungen vertrieben wurden, hatten keinen Zugang zu Medikamenten und medizinischer Versorgung, und die Wasserversorgung war unterbrochen. Die sanitären Verhältnisse in öffentlichen Schulen waren schlecht. Die Zahl der in informellen Siedlungen lebenden Haushalte nahm zu. Die Operation Dudula, eine Anti-Migrant*innen-Bewegung, wurde in drei weiteren Provinzen gestartet. Fremdenfeindliche Gewalt führte zu Verletzten und Todesopfern. Die Polizei ging weiterhin mit übermäßiger Gewalt gegen Proteste vor; das Recht auf Leben und Sicherheit der Person wurde verletzt. Die Behörden stellten nicht sicher, dass die Bergbauindustrie die Standards zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen einhielt. Es fehlte an Rechtsvorschriften, um die Regierung und die Unternehmen für die Einhaltung von Klimaverpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen.

HINTERGRUND

Auch 10 Jahre nach dem Massaker von Marikana, bei dem 34 Menschen getötet wurden, als die Polizei das Feuer auf protestierende Minenarbeiter eröffnete, gab es wenig bis gar keine Rechenschaftspflicht.

Der Bericht der Commission of Enquiry into State Capture wurde veröffentlicht. Darin wurden Vorwürfe der Korruption und anderer Missbräuche, die als „staatliche Vereinnahmung“ bekannt sind, aufgezeigt. Ein unabhängiges Gremium wurde eingesetzt, um zu prüfen, ob es Gründe für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Ramaphosa gibt, da ihm vorgeworfen wird, einen millionenschweren Raubüberfall (mindestens 580.000 USD) auf seiner Phala-Phala-Farm vertuscht zu haben. Im Dezember wurde Cyril Ramaphosa als Präsident der Regierungspartei African National Congress wiedergewählt.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Die im November veröffentlichten offiziellen vierteljährlichen Kriminalitätsstatistiken zeigen einen Anstieg aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt im Vergleich zum gleichen Quartal 2021. Die Zahl der Morde an Frauen stieg um 10,3 %, wobei zwischen Juli und September 989 Frauen getötet wurden. Sexualdelikte nahmen um 11 % zu, Vergewaltigungen um 10,8 %.

Trotz der Verabschiedung des Nationalen Strategieplans gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Femizid im Jahr 2019 wurde noch kein nationaler Rat eingerichtet, der die Umsetzung des Plans sicherstellen sollte. Eine Überprüfung des ersten Jahres seit der Verabschiedung des Plans ergab, dass 55 % der Ziele nicht erreicht worden waren. Der Rückstand bei der DNA-Analyse, die für die Verfolgung von Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt entscheidend ist, lag am 1. Dezember weiterhin bei 64.911. Die Zahl der „Vergewaltigungen durch einen Polizeibeamten“, die der Unabhängigen Polizeilichen Ermittlungsdirektion (IPID) gemeldet wurden, ist um 24 % (99 Fälle) gestiegen, wie aus ihrem

Jahresbericht 2021/22 hervorgeht. Nur in 64 Fällen wurde eine strafrechtliche Verfolgung empfohlen, was Anlass zu der Sorge gibt, dass die Rechenschaftspflicht der Polizei geschwächt ist.

Im Juli warf die Gruppenvergewaltigung und der Raubüberfall auf acht Frauen in Krugersdorp, Provinz Gauteng, ein Schlaglicht auf die Zunahme von Sexualdelikten und Gewalt gegen Frauen. Vierzehn Männer wurden zunächst mit den Vergewaltigungen in Verbindung gebracht und angeklagt, die Anklage wurde jedoch im Oktober aufgrund unzureichender Beweise fallen gelassen.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

In Südafrika ist die Zahl der Frühschwangerschaften weiterhin alarmierend hoch. Zwischen April 2021 und März 2022 kamen 90.037 Mädchen zwischen 10 und 19 Jahren zur Welt. Begrenzter Zugang zu Diensten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, ein Mangel an Verhütungsmitteln, fehlende umfassende Sexualerziehung, Armut und geschlechtsspezifische Gewalt trugen zu frühen Schwangerschaften bei.

RECHT AUF BILDUNG

Das öffentliche Bildungssystem ist weiterhin durch eine verfallende und gefährliche Infrastruktur gekennzeichnet. Aus dem Jahresbericht 2021/22 des Ministeriums für Grundbildung (DBE) geht hervor, dass 2 982 Schulen immer noch Grubenlatrinen benutzen, die gegen das Recht auf Gesundheit, Würde, Sicherheit und Leben verstoßen. Die DBE versäumte mehrere Fristen für die Beseitigung und den Ersatz dieser Latrinen, versprach aber im Januar, dies bis 2023 zu tun. Im Juni wurden jedoch Änderungsvorschläge zu den Vorschriften über die einheitlichen Mindestnormen und -standards für die Infrastruktur öffentlicher Schulen vorgelegt. In dem Gesetzesentwurf wurden alle Fristen gestrichen, so dass sich die Behörde ihrer Verantwortung entziehen und die Gesundheit und Sicherheit der Schüler*innen gefährden konnte.¹

RECHT AUF GESUNDHEIT

Im April schlug das Gesundheitsministerium Änderungen an den Verordnungen zur Überwachung und Kontrolle meldepflichtiger medizinischer Erkrankungen vor, um die Ausbreitung von Covid-19 und anderen meldepflichtigen Erkrankungen zu verhindern. Die Änderungen fielen nicht unter die Bestimmungen, die im Rahmen des nationalen Katastrophenzustands erlassen wurden, der als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie eingeführt und im April zurückgezogen wurde. Die vorgeschlagenen Verordnungen bergen die Gefahr, die Menschenrechte zu untergraben, da sie möglicherweise dauerhaft gelten, diejenigen, die sich nicht an die Vorschriften halten, kriminalisieren, obligatorische medizinische Untersuchungen und Prophylaxe, einschließlich Isolierung und Quarantäne, vorschreiben und die Möglichkeit bieten, unnötige oder übermäßige Gewaltanwendung durch die Strafverfolgungsbehörden unter dem Deckmantel der Strafverfolgung zu fördern, wie es bei den Covid-19-Abriegelungen der Fall war.²

Nach einem Aufschrei in der Öffentlichkeit wurde die Frist für die Einreichung von Anträgen die Verordnungen betreffend bis zum 31. Juli verlängert, doch nach April gab es keine öffentlichen Aktualisierungen seitens des Ministeriums.

Die durch die Überschwemmungen in der Provinz KwaZulu-Natal (KZN) im April und Mai verursachten Vertreibungen hatten zur Folge, dass einige Menschen bis zu neun Tage lang

keinen Zugang zu notwendigen Medikamenten oder Gesundheitsdiensten hatten (siehe unten).

RECHT AUF WASSER UND ABWASSERENTSORGUNG

Im April kam es in den Provinzen KZN und Eastern Cape zu extremen Regenfällen und Überschwemmungen. Schäden an der Wasserinfrastruktur führten zu weitreichenden Unterbrechungen der Wasserversorgung in den Provinzen, so dass die Gemeinden monatelang keine oder nur eine unterbrochene Versorgung hatten. Die Regierung unternahm keine systematischen Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Menschen während dieser Zeit Zugang zu dem von ihnen benötigten Wasser hatten. Zusammen mit den Schäden an den Häusern führte dies zu einer Krise in der Abwasserentsorgung, da die Überschwemmungen einige Gemeinschaftstoiletten zerstörten, so dass einige Menschen gezwungen waren, sich im Gebüsch zu erleichtern. Mehrere Gesundheitseinrichtungen in KZN verfügten nicht über ausreichende Wasservorräte. Während die Intensität der Regenfälle nach Ansicht von Wissenschaftlern durch den Klimawandel verschärft wurde, verschlimmerten schlechte Raumplanung und Instandhaltung der Infrastruktur durch die lokalen Behörden die Situation.

Auch in der Nelson Mandela Bay Metropolitan Municipality in der Provinz Ostkap, die seit 2016 mit einer Dürre zu kämpfen hat, kam es zu schweren Wassermängeln. Die jüngste Wasserkrise wurde dadurch verschärft, dass die lokalen Behörden es versäumt hatten, Lecks zu reparieren, und die Stadt schätzungsweise 29 % ihrer Wasserversorgung verlor.

RECHT AUF WOHNEN

Bei den Überschwemmungen in der Provinz KZN wurden mindestens 8.584 Häuser zerstört und 13.536 beschädigt. Nach Angaben des Europäischen Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe sind 40.000 Menschen vertrieben worden und ohne Wohnung. Die Häuser der Bewohner des Durchgangslagers Isipingo in der Provinz KZN wurden erneut überflutet, was bei Regenfällen regelmäßig vorkommt. Die Bewohner waren 2009 im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2010 aus informellen Siedlungen rund um Durban in das Lager in einem überschwemmungsgefährdeten Gebiet von Isipingo umgesiedelt worden. Das Versprechen, dass sie innerhalb von sechs Monaten eine dauerhafte Unterkunft erhalten würden, wurde nicht eingelöst.

Nach Angaben der staatlichen Behörde Statistics South Africa stieg der Anteil der in informellen Siedlungen lebenden Haushalte von 11,4 % im Vorjahr auf 11,7 %.

RECHTE VON FLÜCHTLINGEN UND MIGRANT*INNEN

Sporadische fremdenfeindliche Übergriffe hielten das ganze Jahr über an und führten im April zur Ermordung eines simbabwischen Staatsangehörigen, Elvis Nyathi. Er wurde in Diepsloot, einem Township nördlich von Johannesburg, verbrannt, nachdem er sich gegenüber Bürgerwehrgruppen, die dies forderten, nicht ausweisen konnte. Sieben Männer wurden im Zusammenhang mit seinem Tod verhaftet und gegen Kautions freigelassen. Der Fall wurde immer wieder vertagt. Migrant*innen in der Region berichteten, dass sie in ständiger Angst leben. Eine Anti-Migrant*innen-Bewegung, die Operation Dudula, die 2021 in der Provinz Gauteng entstand, wurde auch in anderen Provinzen, darunter Western Cape, KZN und North West, gestartet.

ÜBERMÄSSIGE GEWALTANWENDUNG

Die südafrikanische Polizei wendet weiterhin übermäßig viel Gewalt an, was zu Todesfällen und Verletzungen führt. Der IPID-Jahresbericht 2021/22 verzeichnete 5 295 neue Fälle, darunter 3 407 Fälle von Körperverletzung, 744 Fälle von Schusswaffengebrauch und 223 gemeldete Todesfälle im Polizeigewahrsam. Die Zahl der gemeldeten Todesfälle infolge von Polizeieinsätzen stieg von 353 im Vorjahr auf 410.

RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

Im August wurden in Tembisa, einem Township in der Provinz Gauteng, vier Menschen bei einem Protest gegen die mangelnde Bereitstellung von Dienstleistungen durch die Behörden getötet. Die Ermittlungen des IPID zu zwei der Morde, für die die Polizei verantwortlich sein soll, wurden Ende des Jahres fortgesetzt.

Im Juli wurden vier Polizeibeamte im Zusammenhang mit dem Tod von Mthokozisi Ntumba im Jahr 2021 freigesprochen, der bei einer von Studierenden organisierten Demonstration in Braamfontein in Johannesburg getötet wurde.

RECHT AUF LEBEN UND SICHERHEIT DER PERSON

Die im November veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken für Juli bis September zeigen einen Anstieg der Morde um 13,6 % im Vergleich zum gleichen Quartal 2021. Die Zahl der Kindermorde ist um 9,8 % gestiegen. Die Zahl der Entführungen stieg mit 4 028 gemeldeten Fällen um mehr als 100 %. Die meisten dieser Fälle betrafen Entführung, Raub und Vergewaltigung.

Es gab eine landesweite Flut von Massenerschießungen. Im Juni wurde auf dem Khayelitsha Crisis Response Summit bekannt, dass seit März 26 Menschen bei Massenerschießungen in Khayelitsha, einem Township in Kapstadt, getötet worden waren. Im Juli wurden bei zwei Schießereien in Tavernen in Soweto (Johannesburg) und in Pietermaritzburg (KZN) mehr als 20 Menschen getötet.

Abahlali baseMjondolo, die größte Post-Apartheid-Bewegung des Landes, die sich für die Grundversorgung armer Gemeinden einsetzt, verlor vier Aktivisten durch rechtswidrige Tötungen in KZN, die angeblich im Zusammenhang mit ihrer Arbeit standen. Für nur einen der Morde wurden drei Personen festgenommen.

RECHENSCHAFTSPFLICHT DER UNTERNEHMEN

Die Aktivitäten der Bergbauunternehmen hatten negative Auswirkungen auf die Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf das Recht auf Gesundheit, Bildung, Wasser und Lebensunterhalt in der Region Sekhukhune. Das Ministerium für Bodenschätze und Energie hat es weiterhin versäumt, die Bergbauunternehmen für die Einhaltung ihrer Sozial- und Arbeitspläne zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei handelt es sich um einen rechtlich verbindlichen Mechanismus, dessen Einhaltung dazu beitragen würde, dass die negativen sozioökonomischen Auswirkungen des Bergbaus behoben und Menschenrechtsverletzungen gegenüber den lokalen Gemeinschaften verhindert werden.³

VERSAGEN BEI DER BEWÄLTIGUNG DER KLIMAKRISE

In Südafrika fehlt es nach wie vor an Gesetzen, die sowohl die Regierung als auch die Unternehmen zur Einhaltung von Klimaverpflichtungen verpflichten. Im Februar wurde das Gesetz zum Klimawandel im Parlament eingebracht. Es sollte die Entwicklung einer

wirksamen Reaktion auf den Klimawandel und einen langfristigen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Es gab Bedenken, dass der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form nicht weit genug geht, um der Schwere, Dringlichkeit und den übergreifenden Erfordernissen der Klimakrise gerecht zu werden. Der Entwurf wurde Ende des Jahres in der Nationalversammlung weiter geprüft.

Südafrika verabschiedete 2021 ein überarbeitetes NDC und aktualisierte sein Emissionsreduktionsziel für 2030 mit einer unteren und oberen Zielspanne von 12-32 %. Damit wurde der Wert nicht erreicht, der erforderlich ist, um den Anstieg der globalen Temperaturen unter 1,5 °C zu halten.

Unterdessen stellten Wissenschaftler fest, dass der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit von Überschwemmungen verdoppelt, wie sie im April und Mai in KZN auftraten, wo 461 Menschen starben.

Auf der COP27 stellte Präsident Ramaphosa den Just Energy Transition Investment Plan vor, einen Fünfjahresplan, der im Rahmen der auf der COP26 mit Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den USA und der EU gegründeten Partnerschaft 8,5 Mrd. USD einbringen soll. Die Konsultation zu dem Plan begann Ende 2022, wobei die vom Bergbau betroffenen Gemeinden in der Provinz Mpumalanga den Plan wegen mangelnder Konsultation bereits abgelehnt haben.

-
1. „Südafrika: Submission on the amendments to the regulations relating to Minimum Uniform Norms and Standards for Public School Infrastructure“, 5. Juli
 2. „South Africa: Submission on the Regulations Relating to the Surveillance and the Control of Notifiable Medical Conditions“, 14. April
 3. Unearthing the Truth: How the Mines Failed Communities in the Sekhukhune Region of South Africa, 22. Februar